



Ein vertrautes Gesicht verlässt die Postagentur – Die Deutsche Post verstößt gegen die Post-Universaldienstleistungsverordnung

Silke Naumann gab zum Jahresende die Postagentur auf und beendete damit Ende eine Ära. Der Besuch in der Postagentur war immer mehr als nur Briefmarken zu kaufen oder Pakete abzugeben. Es war ein Treffpunkt für Wilhelmsfelder und Dank der kommunikativen Art von Silke Naumann blieb immer Zeit für ein kurzes Schwätzchen. Die Postagentur zählte fest zu den Bestandteilen der örtlichen Infrastruktur. Ein Blick zurück: Lange wurde Wilhelmsfeld durch den Postfußdienst mit Postdienstleistungen versorgt. Nach langem Kampf gelang es den Wilhelmsfeldern 1884 eine Posthilfsstelle nach Wilhelmsfeld zu bekommen. Diese wurde noch quasi staatlich durch den Oberlehrer mitbetreut. Erst 1914 bekam Wilhelmsfeld eine eigene Postagentur da das Postaufkommen stark angewachsen ist - mit festen Öffnungszeiten an sieben Wochentagen. Ab 1927 gab es einen neuen Schub mit der Errichtung der Kraftpostlinie Heidelberg-Wilhelmsfeld. Jetzt konnte die Postanlieferung von Heidelberg direkt mit dem Postbus nach Wilhelmsfeld kommen. War die Postagentur bislang in Privathäusern untergebracht gab es Mitte der 30er Jahre in den Neubau Ecke Johann-Wilhelm-Straße/Silbergasse um. Kurz darauf wurden auch die Öffnungszeiten am Sonntag gekappt. Im Jahre 1967 bis 1997 bezog die Deutsche Bundespost dann das Gebäude in der Kirchstrasse 6 mit einer festen Postfiliale. Damit endete die Ära der Präsenz der Post. Die jetzige Postagentur hat sich aber Dank Silke Naumann bewährt. Dafür möchten wir Danke sagen.

Die Postfiliale in Wilhelmsfeld ist nach wie vor nicht geöffnet. Damit verstößt die Deutsche Post gegen geltendes Recht, so die Meinung der Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler in Wilhelmsfeld. Zum Jahresende wurde die derzeitige Postfiliale geschlossen. Das war der Deutschen Post bereits im Sommer 2023 bekannt. Allerdings ist die entsprechende Verordnung auf Basis des Postgesetzes eindeutig. In Orten über 2000 Einwohner muss die Deutsche Post eine Filiale betreiben.

Da im Januar 2024 noch keine positiven Signale von der Deutschen Post ausgingen, reichte die Gemeinderatsfraktion eine Beschwerde bei der Bundesnetzagentur ein, die als Aufsichtsbehörde fungiert.

Die Antwort war leider nicht wie gewünscht. Die Deutsche Post gab lediglich eine Stellungnahme ab, dergestalt, dass sie mit Hochdruck auf Personalsuche sei. Damit verstoße die Deutsche Post gegen geltendes Recht, was für die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler nicht nachvollziehbar sei, wie deren Fraktionssprecher, Stefan Lenz, mitteilte. Mindestens an einigen Tagen muss es möglich sein, die Filiale zu öffnen.

In Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnerinnen/Einwohnern muss es mindestens eine Filiale geben, so regelt es § 2 Absatz 1 der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV). Die Deutsche Post ist nun in der Pflicht, aber bundesweit waren im April vorübergehend 145 Orte unversorgt. Hier ist der Bund gefordert, Dienstleistungen wie Post- und Fernmeldewesen sind Aufgaben des Bundes, der sich hier nicht zurücklehnen sollte, so die Meinung der Gemeinderatsfraktion.

Daher haben die Freien Wähler am 8. Januar eine Beschwerde bei der Bundesnetzagentur eingereicht. In der Antwort vom 14. Februar wurde von dort zugesagt, dass die Deutsche Post „mit Hochdruck“ an einer Filiale arbeitet.